

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/1200  
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlage 18/367 (Erläuterungsband)  
Vorlage 18/373 (Einbringungsrede)  
Vorlage 18/438 (Beantwortung der Fragen)

– abschließende Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, Änderungsanträge lägen nicht vor. Jetzt finde die Aussprache über den Haushalt statt.

**Inge Blask (SPD)** legt dar, das Thema Haushalt diskutiere die SPD-Landtagsfraktion übergreifend. Wenn sie sich die Situation in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland anschau, so stelle sie fest, das Land stehe vor der größten Rezession seit Beginn der Bundesrepublik. Da habe man viele Herausforderungen, auch in Nordrhein-Westfalen. Sie glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger, die mittelständische Wirtschaft erwarteten, dass dieser Landeshaushalt besondere Schwerpunkte als Antwort auf diese Herausforderungen setzen sollte.

In der Debatte im Plenum seien die Punkte herausgestellt worden, dass es darum gehe, zum Beispiel die Kitabeiträge zu erlassen, um Familien zu helfen. Da gehe es um das Thema Nahverkehrsticket, das ihres Erachtens noch günstiger, insbesondere für Schülerinnen und Schüler, für Jugendliche angeboten werden könnte. Da gehe es darum, dass man auch einen Härtefallfonds für die mittelständische Wirtschaft auflege, um Härten abzumildern.

Was den Einzelplan 02, das Thema Europa und Internationales, betreffe, so habe sich die SPD-Fraktion den Einzelplan intensiv angesehen und bewertet. Die SPD-Landtagsfraktion werde sich beim Einzelplan 02 enthalten. An der Stelle sei inhaltlich nichts zu meckern. Man sehe auch, dass es finanziell ein Plus gebe.

**Berivan Aymaz (GRÜNE)** betont, Frau Blask habe zu Recht auf die aktuelle Lage hingewiesen und darauf, dass es vielen Menschen konkret an Mitteln fehle, um den Alltag zu meistern, und dass Haushaltsberatungen in einer solchen Situation nicht einfach seien. Sie finde es nachvollziehbar, dass Frau Blask sage, vor diesem Hintergrund habe ihre Fraktion als Opposition wenig zu beanstanden.

Sie habe ein paar Punkte, die sie herausragend finde. Sie finde es gut, dass in einer solchen Situation Europapolitik und Internationales nicht einfach gestrichen und gekürzt werde, sondern dass gerade jetzt die Bedeutung von Europa und internationale

Politik für NRW hervorgehoben werde. Dabei sei es begrüßenswert, dass man nicht nur gute Projekte und Maßnahmen fortführe, sondern dass darüber hinaus ein neues Förderprogramm aufgestellt werde, und zwar mit 1 Million Euro, womit zivilgesellschaftliche, niedrighschwellige Projekte breit im gesamten Land unterstützt werden könnten. Damit signalisiere NRW, dass auch in Zeiten von multiplen Krisen der europäische Gedanke hochgehalten werden müsse. Wenn man über Krisen rede, dann seien das nicht nur die konkreten Krisen, die mit der Energiekrise verbunden seien, sondern es gehe auch um die Verteidigung der europäischen, der demokratischen Werte. Diese könnten mit solch niedrighschwelligem Projekten hervorragend unterstützt werden.

Sie persönlich finde es sehr erfreulich, dass auch im entwicklungspolitischen Bildungsbereich Stärkungen vor allem über zwei Wege zu sehen seien, dass im ersten Schritt das Promotorenprogramm ausgebaut werde. Als jemand, der von diesem wunderbaren Programm überzeugt sei, weil sie sehe, was die Promotor\*innen Großartiges vor Ort leisteten, denke sie, dass es Ziel sein müsse, das in das ganze Land flächendeckend einzubringen.

Des Weiteren werde die Dachverbandsarbeit des Eine-Welt-Netzes gestärkt. Sie finde es erfreulich, dass da ein Zuwachs zu sehen sei. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, dass dieser Dachverband einen Zuwachs an Akteur\*innen habe, und zwar um die 7.000. Das müsse sich in einer besonderen Berücksichtigung bei der Förderung der strukturellen Arbeit des Dachverbandes bemerkbar machen.

Sie freue sich vor allen Dingen, dass bald das NRW-USA-Jahr ausgerichtet werde, und glaube, dass die transatlantischen Beziehungen, die Partnerschaft in Bezug auf ambitionierte Klimaziele die gemeinsame Klimapolitik voranbringen sollten. Sie denke, dass dieser Entwurf des Haushaltsplans konkrete und gute Ansätze in Zeiten solcher großer Herausforderungen umfasse und bedanke sich dafür.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)** hebt lobend hervor, dass im Bereich der Bildungsarbeit wichtige Akzente gesetzt würden. Seine Fraktion halte es für zentral, das Thema Europa gerade bei den jungen Menschen zu verankern. Das USA-NRW-Jahr sei angesprochen worden. Das begrüße seine Fraktion. Sie begrüße alle Initiativen, die dazu dienen würden, die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Er habe nur Zweifel, ob die kommunale Entwicklungszusammenarbeit angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel wirklich die Früchte tragen könne, die sich die Landesregierung davon erhoffe. Das sollte man sich vielleicht noch einmal genauer ansehen. Er könne sich vorstellen, dass man mit den Mitteln noch mehr tue für die Bildungsarbeit, um die Europafähigkeit von Nordrhein-Westfalen insgesamt stärker hervorzuheben.

Seine Fraktion habe nach der Hilfe für die Ukraine gefragt. Es sei seitens der Landesregierung geantwortet worden, da gebe es in den verschiedenen Fachressorts Projekte, aber bei diesem Etat sehe er das nicht. Hier hätte sich seine Fraktion auch einen Akzent gewünscht, nicht zuletzt, nachdem der Ausschuss hier eine gemeinsame Resolution verabschiedet habe. Das bedauere er. Umso mehr müsse man schauen, welche Projekte jetzt wirklich von den Fachressorts gemacht würden. Vielleicht könnte

man da etwas mehr Transparenz bekommen, um das besser einschätzen zu können. – So viel zu dem Einzelplan selbst.

Nun habe seine Fraktion eine grundsätzliche Kritik am Verfahren, das sei auch im Plenum vorgetragen worden. Er bedanke sich, dass man nun einen Tag mehr gehabt habe, dass die Fristen eingehalten worden seien. Das sei nicht in allen Ausschüssen so gelungen, wie er vernommen habe.

Mit Blick auf die Ergänzungsvorlage und den enormen Aufwuchs des Landeshaushaltes, der durch die Krisensituation, in der man sich befinde, begründet sei, und angesichts des Zeitdrucks, unter dem man arbeite, sei seine Fraktion mit dem gesamten Verfahren unzufrieden. Deswegen werde seine Fraktion den Einzelplan 02 in diesem Ausschuss ablehnen.

**Romina Plonsker (CDU)** hält fest, insbesondere in schwierigen Zeiten sei eine Stärkung im Bereich Europa und Internationales, was die Haushaltsmittel angehe, wiederzufinden. Das zeige die Bedeutung, die dieser Bereich nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für diese Landesregierung habe. Grundlage sei der gemeinsame Koalitionsvertrag, in dem viele Punkte beschlossen worden seien. Gerade in so schwierigen Zeiten wie momentan brauche man mehr Europa als weniger. Man merke an der Energiekrise, dass das nur gemeinschaftlich funktioniere. Deshalb müsse Europa – Herr Neumann habe es eben in seiner Frage formuliert – stärker in der Bevölkerung verankert werden. Sie danke für die deutliche Steigerung im Haushalt.

Sie komme auf das Thema „bilaterale Partnerschaften“ zu sprechen, das auch Schwerpunkt im kommenden Jahr sein werde. Es sei sehr wichtig, da gezielt vorzugehen. Für sie sei das Landesbüro in Tel Aviv eine Herzensangelegenheit, nicht nur weil es die deutsch-israelische Freundschaft stärke, sondern weil man auch da sehr viel lernen könne und sehr viel wirtschaftlich für Nordrhein-Westfalen tun könne.

Geschmunzelt habe sie, als Frau Blask und Prof. Dr. Pinkwart gesagt hätten, sie seien eigentlich zufrieden und würden nur aus Prinzip dem Antrag nicht zustimmen oder sich beim Haushalt enthalten. Das finde sie für einen gemeinsamen Aufbruch für Europa etwas schade. Vielleicht könne sich die Opposition durchringen, dem Einzelplan 02 zuzustimmen. Sie glaube, das wäre ein schönes Signal für ein gemeinsames europäisches Verständnis.

**Inge Blask (SPD)** kommt auf das Thema Städtepartnerschaften zurück, unabhängig von der Regionalpartnerschaft mit der Ukraine, die man auf den Weg gebracht habe. Sie frage, wie die Landesregierung die Städtepartnerschaften auch im Zusammenspiel mit den Kommunen stärken wolle, was da haushaltsmäßig verankert sei. Vielleicht könne der Minister ein paar Ausführungen dazu machen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** bedankt sich für die Aussprache, die Nachfragen zu dem Einzelplan und die Vorstellungen, die ein breites Interesse und Wohlwollen dokumentierten. Er wolle gerne auf einige Punkte eingehen und beginne mit dem Thema Ukraine. Mittel für die Regionalpartnerschaft stünden bereit, sie seien nur noch

nicht etatisiert worden, weil man da noch in Gesprächen sei. Aufgrund der Haushaltklarheit und -wahrheit wolle man da jetzt nicht Dinge hineinschreiben, die man noch nicht kalkulieren könne. Es gebe aber ausreichend Spielraum für das, was auf die Staatskanzlei im engeren Sinne zukomme.

Er habe bereits ausgeführt, dass das, was man sich da vornehme, auch andere Ressorts betreffen solle. Man sei mit anderen Fachministerien dazu im Austausch. Am vergangenen Dienstag sei der neue Botschafter der Ukraine zu Gast gewesen. Man habe ein gutes, offenes, ernsthaftes Gespräch geführt. Die Generalkonsulin sei mit dabei gewesen. Jetzt arbeite man daran, die Frage der Einbindung von Hauts-de-France und Schlesien zu klären. Es könnte sein, dass man das am Ende abgestuft mache und eine Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen mit der Region in der Ukraine schließe, die man in den Blick genommen habe, und dann die Weiterentwicklung des Weimarer Dreiecks gestalte.

Ziel sei es auch – der Ausschuss habe es deutlich in der September-Sitzung artikuliert –, dass man nach Möglichkeit noch in diesem Jahr zu einem Beschluss komme und im kommenden Jahr den Ausblick vornehme. Nun wolle man ja nicht einmal einen Briefwechsel durchführen, sondern man wolle auch, wenn man die Partnerschaft konkret schließe, mit in den Blick nehmen, was man konkret vorhabe im Sinne von akuter Hilfe direkt, aber auch im Sinne von einem Ausblick, was über Wiederaufbau hinaus das Signal für eine dauerhafte Partnerschaft sein solle. Das sei hier damit verbunden worden. Dazu würde er dem Ausschuss im Einzelnen berichten, wenn man so weit sei. Mit Blick auf den Haushalt: Man sei an der Stelle handlungsfähig.

Was die Städtepartnerschaften angehe, so gebe es Spielraum trotz der strengen Voraussetzungen eines Basishaushaltes, um die Europaaktivitäten auszudehnen. Das werde unterschiedliche Formen annehmen. Da sei auch noch nicht überall das letzte Wort gesprochen. Da sei man auch offen für Initiativen aus dem parlamentarischen Raum. Man wolle der Krise auch dadurch begegnen, dass man die Europaaktivitäten in der Zivilgesellschaft verstärken wolle. Es wäre ein falsches Zeichen, das als nicht zwingende Ausgabe anzusehen, im Gegenteil. Wenn man der Krise umfänglich begegnen wolle, müsse man das seiner Meinung nach eher ausweiten. Das komme in diesem Titel zum Ausdruck.

Die Städtepartnerschaften würden konkret über Kapitel 02 010 – Titel 534 63 – Ausgaben für die Europaaktivitäten des Landes und Pflege der europäischen Beziehungen – finanziert. Man wäre sehr daran interessiert, dass es davon mehr gebe. Alle wüssten, dass dieser direkte Austausch häufig das sei, was am meisten trage. Das sei auch der Grund, warum man im Bereich der Jugend viele Maßnahmen unterstütze, die persönliche Begegnungen ermöglichen.

Er habe vor zwei Tagen am Abschluss eines Projektes teilgenommen, das sein Vorgänger angeschoben habe, wo es darum gehe, Auszubildende – neben Erasmus+ – durch Austausche zwischen Unternehmen stärker mit Europa in Verbindung zu bringen. Es habe beeindruckende Begegnungen mit den jungen Menschen gegeben, davon wolle man letztlich mehr. Das sei das Ziel. Im Bereich der Schulen seien die Aktivitäten ausgedehnt worden. Das habe man jüngst kommuniziert. Absicht sei es, wie

bei den Städtepartnerschaften direkte Beziehungen zu fördern, die aus sich selbst heraus tragen würden, die keinen andauernden Impuls aus der Landespolitik bräuchten, sondern für sich selber liefern, im besten Sinne ein Eigenleben entfalteteten.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.





## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **3. Sitzung (öffentlich)**

18. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Gespräch mit dem Leiter der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel** **5**  
Herrn Rainer Steffens
  
- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)** **12**  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/1200  
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)  
  
Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses  
  
Vorlage 18/367 (Erläuterungsband)  
Vorlage 18/373 (Einbringungsrede)  
Vorlage 18/438 (Beantwortung der Fragen)  
  
– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

**3 Handelspolitik: Was bedeutet der Rückzug Chinas für den Duisburger Hafen?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])* **17**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/446

– Wortbeiträge

**4 Corona-Winter: Bleiben die Grenzen weiter offen?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])* **19**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/447

– Wortbeiträge

**5 Welche Schlüsse und Handlungsbedarfe zieht die Landesregierung aus der Studie „The Future of EU Cohesion: Effects of the Twin Transition on Disparities across European Regions“ für NRW?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **21**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/448

– Wortbeiträge



- 6 Was hat die Landesregierung getan, um die Schließung des Stahlseilherstellers „Bridon“ in Gelsenkirchen zu verhindern und einer Standortverlagerung nach Großbritannien vorzubeugen? (Bericht beantragt der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **22**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/461

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/461 zur Kenntnis.

- 7 EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **23**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/449

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/449 zur Kenntnis.

- 8 Verschiedenes** **24**

hier: **Bedarfstermin am 02.12.2022** **24**

Der Ausschuss beschließt, am 02.12.2022 einen Sitzungstermin anzuberaumen.

\* \* \*

